REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 107 A | BERLIN • Sonntag, den 8. Mai 1932 | 1. JAHRGANG

Wühlarbeit der Priester in der Sowjet-Union.

Priester als Ingenieure. — „Sozialisiert, gestohlen — alles dasselbe!"

W. B. Münster, 6. Mai.

Am 4. Mai 1932 sprach Prof. LUDWIG BERG (Aachen) in der Universität Münster. Der Vortragende, der Geistlicher ist, war selber (auf Anordnung seines Bischofs in Zivil!) in Rußland mit einer Reisegellschaft. Aber in den Freistunden ging er auf eigene Faust los, um sich ein eigenes Urteil über die Wirklichkeit in der Sowjet-Union bilden zu können. So debattierte BERG ganze Nächte hindurch mit Bolschewisten und Rotarmisten. Man durfte bei solchen Diskussionen nicht mit der Tür ins Haus fallen! Bei Zigaretten und russischem Tee begann man mit belanglosen Gesprächen. „Dann war die Arena präpariert, . . . da muß man Zeit haben, denn wenn unser Herrgott Zeit hat, dann dürfen seine Priester erst recht nichts übers Knie brechen!"

Nach einer Einleitung über das „ganz neue, unerhörte Denken" des Bolschewismus folgten Ausführungen über die Auswirkungen des Bolschewismus auf sittlichem Gebiet. Es sei nur einiges mitgeteilt: Der Geburtenüberschuß in Rußland sei nicht auf die höhere Moral des Kommunismus zurückzuführen, sondern auf die guten hygienischen Einrichtungen der Entbindungsheime (!); dadurch sei die Neugeborenensterblichkeit vermindert worden. Der Leiter einer solchen Anstalt habe ihm in bezug auf die Abtreibung gesagt, daß in erster Linie die Bourgeoisfrauen berücksichtigt würden, da sie, wie die Vererbungswissenschaft lehre, doch nur solche Kinder gebären würden, die infolge erblicher Belastung das heutige System doch nicht verstehen werden. Nur Arbeiterfrauen lieferten „rassereine Bolschewisten". Die großen Führer der Bolschewiki, so betonte BERG, seien subjektiv moralisch große Menschen gewesen, wenn man sie auch objektiv, wie z. B. DZERSCHINSKI, als Bluthunde bezeichnen müsse. In einem Lichtbild zeigte BERG dann eine Aufnahme DZERSCHINSKIS aus einem Kerker. Darunter waren die Daten seines Lebenslaufes aufgeführt: Gefängnis-, Festungs- und Kerkerjahre wechselten ab mit spärlichen Jahren der Freiheit, die sicher auch noch mit revolutionärer Arbeit erfüllt waren. An dieser Stelle mahnte BERG seine katholischen Hörer zur „Gewissenserforschung": „Das sind doch Kerle! Wo haben wir Katholiken, die von Jugend auf so für ihren Glauben gekämpft haben wie diese Menschen?"

Im letzten Teile seines Vortrags sprach BERG über die Aufgaben der Mission. „In den Ländern, in denen sich die europäischen Sünden rächen", ist das Feld von Moskaus Arbeit bedroht, „hier kommt Moskau den dumpfen, dunklen Instinkten der gottlosen Heiden entgegen." Doch „von den Kommandohöhen der Menschheit . . . , vom Papste . . ." sind der Mission Ziel und Weg gewiesen worden. Nun plaudert BERG aus der Schule, allerdings immer nur in Anmerkungen, nicht zu frei. Und was er hier sagt, ist gewiß keine etwa leichtzunehmende Phantasie. Die russischen Genossen mögen auf der Hut sein, und leider besteht kein Grund, unbesorgt zu sein. Wie BERG sagte, plant die katholische Mission eine verstärkte Arbeit in Rußland:

Priester sollen sich dort als Ingenieure betätigen.

Durch ordentliche Arbeit in der Technik erwirbt man sich so das Vertrauen der Arbeiter; aber nebenbei baut man an einem neuen Fundament für die Herrschaft der Kirche.

Vorher werden Schwestern nach Rußland gehen,

sie werden

„in die Charitas gehen, in die Krankenhäuser, dann ist die Temperatur etwas abgekühlt".

Das sagt ein Führer der katholischen Weltmission, der selbst an der Ausbildung der Funktionäre mitarbeitet! Seine Schüler werden nicht im stillen Halbdunkel der Klosterzelle für den Kampf mit den Mächten der Welt vorbereitet! In Aachen läßt BERG oft seine Schüler mit Kommunisten diskutieren, um sie so zu härten für ihre Arbeit. Und für die Mission in Rußland wird die Kirche ihren Boten die Erfahrungen vieler Kulturkämpfe mit auf den Weg geben.

Zum Schluß formulierte BERG noch einmal das Urteil der katholischen Kirche über den Sozialismus: „Sozialisiert, säkularisiert, gestohlen . . . — das ist ja alles dasselbe!"

AUS DEM INHALT:

Lohnkämpfe.
Wandelgangparasiten.
Denunziantenzüchterei.
Die schwarze Internationale.
Zuchthaus gegen „Rote Reiter".
Gegen Streikbrecher und Polizei.
Arbeiternot in Zahlen und Bildern.
Mißtrauen gegen Siedlungsaktionen.
Klassensolidarität der Klassenrichter.
Führerpleite — die Heimwehren leben.

Vom Kriegskalender in Ostasien.

Der Rückzug der Japaner aus Schanghai wird überall von der Rechtspresse mit gewissenhafter Angabe aller einzelnen Schritte gemeldet:

Die japanische Admiralität teilt mit, daß zwei Geschwader . . .

Das Kriegsministerium teilt mit, daß japanische Truppenabteilungen . . .

Dazu kommen Meldungen über „aufsehenerregende Zwischenfälle": Chinesen sollen japanisches Militäreigentum beschädigt haben, woraufhin die Zurückziehung der Truppen sofort eingestellt wurde.

Während sich so der japanische Partner des Waffenstillstands in Positur setzt, bricht ein neuer Konflikt aus zwischen den Vertretern der Nanking- und der Kanton-Regierung, die beide, wohlgemerkt, auf seiten des Kapitalismus stehen und deren Kämpfe, wenn sie auch unter verschiedenen patriotischen Parolen vor sich gehen, doch nur auf Rivalität beruhen. Die Kanton-Regierung spricht vom Verrat der nationalen Interessen des chinesischen Volks, der es ihr unmöglich mache, den Waffenstillstand gutzuheißen; sie zieht ihre Truppen aus Schanghai nach Kanton zurück. TSCHIANG KAI SCHEK erklärt, China habe alles erreicht, was es erreichen könne.

In der Mandschurei hält die mandschurische Polizei gegen allen Protest Moskaus 136 Sowjet-Russen gefangen wegen angeblicher Sabotageakte. Die Verhafteten sind in den Hungerstreik getreten. Der japanische Botschafter in Moskau gibt hierüber keineswegs Auskunft, sondern erkundigt sich vielmehr nach dem Sinn der Truppentransporte, die von Rußland nach dem Fernen Osten gehen. Die andauernden Truppentransporte Japans nach der Mandschurei genügen als Anlaß — das ist die einzige und bündige Antwort, die diese verlogene Anfrage des japanischen Botschafters verdient.

Kriegsmaterial für den Fernen Osten?

Nach einer Meldung im „Bochumer Anzeiger" hat das Eisen- und Stahlwerk HOESCH in Dortmund für seine Abteilung Drahtverfeinerung große Aufträge für Stacheldraht bekommen. Der Stacheldraht geht nach Japan.

Wieder ein NS-Mord.

Am Dienstag abend wurde in Ramsen bei Kaiserslautern der Maurer KARL AUFSCHNEIDER im Walde ermordet aufgefunden. Er wies Hiebwunden auf, die von einem Knüppel herrührten; der Schädel war zertrümmert, ein Auge ausgelaufen, das andere eingedrückt. Der Mörder ist der 22jährige NS LANGENSTEIN, der mit AUFSCHNEIDER bereits mehrfach politische Wortwechsel gehabt hatte, z. B. wegen der HINDENBURG-Wahl. Nach einem solchen Wortwechsel am Montag abend hat der NS dem AUFSCHNEIDER aufgelauert. Bei der Verhaftung rief der Mörder der Menge „Heil!" zu.

Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers WARMBOLD ist jetzt vollzogen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers ist der Staatssekretär TRENDELENBURG beauftragt worden.

Das Kabinett setzte am Freitag die Beratungen über das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung fort.

Kommunistische Anträge zur bevorstehenden Reichstagssitzung: 1. Mißtrauensantrag gegen die Regierung BRÜNING. 2. Mißtrauensantrag gegen GROENER. 3. Mißtrauensantrag gegen STEGERWALD. 4. Antrag auf Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 3. Mai.

„Ohne Schläge und Störungen."

Die französische Arbeiterschaft in der Wahl.

Bkm. Paris, 4. Mai.

Der 1. Mai war der Wahltag des französischen Volkes, nicht der Kampftag der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaften gaben wie üblich eine Sondernummer ihrer Tageszeitung heraus, die aber schon vorher verbreitet wurde, da in der Nacht zum 1. Mai nicht gedruckt wird. Zu Versammlungen wurde nicht aufgerufen. Die Gewerkschaften hatten angesichts des Wahltages davon Abstand genommen, Kundgebungen zu veranstalten. Die einzelnen Verbände hatten die Freiheit, von sich aus etwas zu unternehmen. Von Demonstrationen der CGT (die dem ADGB entspricht) war keine Rede, da in Paris am 1. Mai Demonstrationsverbot herrscht.

So fand nur eine einzige Versammlung statt, organisiert von der Erdarbeitergewerkschaft, die in Paris eine revolutionäre Tradition hat. Es hatten sich etwa 200 Kollegen eingefunden. Die Redner, vor allem ein älterer Genosse, sprachen von dem Niedergang der Arbeiterbewegung, der dadurch charakterisiert wird, daß die Reaktion es riskiert, die Wahlen auf den 1. Mai zu legen, und daß die Gewerkschaften infolgedessen ihre Versammlungen abblasen. In der Periode vor dem Krieg hatte die Bourgeoisie Angst vor dem Proletariat; heute ist es ihr gelungen, die Arbeiter wirtschaftlich zu schwächen und in ihnen den Depressionszustand der Niederlagenstimmung zu erzeugen. Alle Redner wiesen auf die Notwendigkeit praktischer Gewerkschaftsarbeit hin; der nächste Schritt sei der Kampf um die Vierzigstundenwoche, der aber nicht durch Resolutionen gewonnen werde, sondern auf dem Boden des Kampfes in den Betrieben. Die ernsten Worte des alten Kollegen erzeugten eine gute Stimmung, aber sie konnten einem nachdenklichen Klassenkämpfer nicht den Zorn und die Erbitterung nehmen, wenn er daran dachte, daß in dem Riesen-Paris mit seinen Arbeitermassen nur diese eine winzige und unbeachtete Versammlung dem Weltfeiertag des Proletariats gewidmet war.

Die Sozialistische Partei hatte zum 1. Mai statt eines Aufrufs die Worte gefunden: „In den Urnen wird sich der demokratische Wille frei kundtun."

Auch die Kommunistische Partei, die sonst am 1. Mai trotz des Polizeiverbots zu demonstrieren pflegt, war in diesem Jahr wohl zu sehr in ihren Stimmbezirken mit den Wahlen beschäftigt, als daß sie Zeit zu Straßenfeiern gehabt hätte. Nur eine kleine Gruppe versuchte eine Demonstration; ihr Führer wurde sofort verhaftet; es schien, als wenn die Polizei, die im übrigen tatenlos in den Straßen umher stand, über den Zwischenfall ganz erfreut war.

So störten denn am 1. Mai keinerlei Kundgebungen der Arbeiterschaft das Sonntagsleben in Paris. Die Läden waren in den Arbeitervierteln fast sämtlich geöffnet; die Hausfrauen schleppten Taschen und Körbe voll Gemüse in Pantoffeln nach Hause. Die Autotaxen, die sonst nach alter Tradition am 1. Mai feiern, fuhren wie an andern Tagen.

Das beste Geschäft machten die Kneipen, die den Wahllokalen gegenüber lagen. Hier waren die Parteifreunde der Kandidaten am Werk, durch Wort und Alkohol die Wähler zu bearbeiten. Selten hat man am frühen Morgen schon so viele angetrunkene Menschen in den Straßen von Paris gesehen wie an diesem Tag, dem Sonntag des 1. Mai. Die Reaktion ist mit diesem Erfolg zufrieden. „Le Temps" schreibt:

„Frankreich hat gestern in vollständiger Stille gewählt. Das Ereignis hat gezeigt, daß das Datum des 1. Mai, das einige für wenig günstig für eine Befragung des Volkes hielten, sich im Gegenteil so gut wie nur möglich dazu eignet; wenigstens unter einer Regierung, die entschlossen ist, der Ordnung im Rahmen der Gesetze Achtung zu verschaffen. Die Wähler haben sich ihrer Pflicht bewußt gezeigt; es ist viel gewählt worden. . . . Unsere demokratischen Einrichtungen, deren hauptsächlicher Teil darin besteht, das Volk durch das allgemeine Wahlrecht periodisch zu befragen, funktioniert weiter normal, ohne Schläge und Störungen."

*

Die revolutionäre Kraft in Frankreich liegt am Boden. Der Vorstoß der Linken, der freilich bisher nicht so stark gewesen ist, wie LEON BLUM es in seinen Wahlreden verkündet hatte, erfüllt denjenigen nicht mit Hoffnung, der den reformistschen Geist dieser Partei kennt und die Schwäche der KP, die zudem in einem fanatischen Kampf gegen die Sozialdemokraten wütet. Der Wahlkampf hat hierfür erschütternde Beispiele geliefert. Die „Humanité", das Zentralorgan der KPF, hat folgenden Bericht geschrieben:

„Gestern abend haben die Kommunisten im 15. Bezirk von Paris drei siegreiche Versammlungen abgehalten. Die erste war von der KP in der rue Fondary veranstaltet; die zweite von dem bisherigen Abgeordneten BOUCHERON (rechts), der schon einmal davon gejagt wurde und durch das Fenster fliehen mußte. Wieder wurde er davon gejagt und floh . . . durch das Fenster. Die dritte Versammlung wurde von der SPF veranstaltet. . . . Der Kandidat PIVERT wurde davon gejagt. Die Kommunisten haben den Versammlungsvorsitz erobert . . ."

Ich war auf dieser dritten Versammlung anwesend. PIVERT ist eines der revolutionärsten Mitglieder auf dem linken Flügel der SPF.

Der Saal war anfangs halb voll. PIVERT hatte sich Genossen mitgebracht, die die beiden Zugänge zum Vorstandstisch besetzt hielten. Plötzlich ertönte an der Tür Lärm; die Genossen, die die Karten kontrollierten, wurden bei seite geschoben und ein Strom von Kommunisten ergoß sich in den Saal — richtiger: einige Kommunisten erschienen mit einer Gefolgschaft von Menschen, die sicher weder vom Kommunismus noch von Politik eine Ahnung hatten und nur bereit waren, Krach zu machen. Der Saal glich plötzlich einem Marktplatz. Ueberall standen diskutierende und schreiende Gruppen.

Von der Rede des Kandidaten war kein Wort mehr zu verstehen. Der kommunistische Kandidat hatte sich inzwischen mit seinen Freunden seinen Zugang zum Podium erkämpft. Er befahl einen Augenblick Ruhe, sodaß sich PIVERT noch kurze Zeit verständlich machen konnte. Aber dann brach der Sturm schon wieder los: „Halt den Mund", „Du lügst ja", „Es lebe Sowjet-Rußland", — so scholl es von allen Seiten. Inzwischen sprach PIVERT inmitten dieses Höllenlärms weiter. Als er nach etwa einer Stunde einem anderen sozialistischen Redner den Platz einräumen wollte, gaben die Kommunisten das Signal. Unter dem Gesang der Internationale stürmten sie den Vorstandstisch, ein wilder Ringkampf setzte ein. Die Sozialisten wurden mehr und mehr in eine Ecke gedrängt.

Die Kommunisten hatten „gesiegt". Das Podium war frei. Der KP-Kandidat stieg auf den Tisch. Er tat, als sei er verletzt. Von allen Seiten erklangen die Worte: „Mörder", und während er zu reden anfing, verließen die Sozialisten das Lokal.

„Ist das hier oft so?", fragte ich einen Freund PIVERTS. „Alle Versammlungen, außer einer, waren genau so", war die Antwort.

*

Diese Selbstzerfleischung des Proletariats wird in der Parlamentswahl gestützt durch den Beschluß der KP, ihre Kandidaten da, wo ihre Wahl aussichtslos ist, doch in den Wahlkampf gehen zu lassen. Gegen diese Wahltaktik wird unter den Parteikommunisten heute kein Einwand mehr erhoben. Die noch gebliebenen Parteimitglieder sind in solchem Maße von der Parteiparole eingenommen, die den größten Feind der Arbeiterklasse in der SP sieht, daß sie einen reaktionären Delegierten für das kleinere Uebel hält.

Hierfür ein Beispiel: In Boulogne sur Seine hat der Sozialist LAGORGETTE, ein Sozialist des linken Flügels, im ersten Wahlgang 5271 Stimmen erhalten, der Kommunist COSTES 3878. In diesem Wahlbezirk gibt es zwei reaktionäre Kandidaten mit 4379 bzw. 3835 Stimmen. Von diesen wird der zweite zu Gunsten des ersten zurücktreten. Würde COSTES zurücktreten, so wäre LAGORGETTE gewählt. Da der Kommunist nicht ausscheidet, wird die Arbeiterstadt Boulogne durch einen Reaktionär in der Kammer vertreten werden.

Es ist möglich, daß auf diese Weise den Reaktionären 30 Sitze zufallen werden.

Die Rechte tut selbstverständlich, was sie kann, um durch Konzentration ihrer Stimmen die Sozialisten und Kommunisten nach Möglichkeit zu schlagen. Denn die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß weder die Drohung TARDIEUS mit dem Sinken des Franc, falls eine linke Mehrheit gewählt werde, noch das Ergebnis der Preußenwahl die französischen Wähler entscheidend nach rechts gedrückt haben.

Es wird damit gerechnet, daß sowohl die Radikalsozialisten wie die Sozialisten am 8. Mai noch je 80 Mandate gewinnen werden. Aber HERRIOTS Absichten in bezug auf die Regierungsbildung scheinen immer mehr dahin zu gehen, ein Kabinett der Mitte zu bilden. Und auch führende Sozialisten wie z. B. PAUL FAURE, der Nichtwiedergewählte, warnen vor einer Unterstützung HERRIOTS in der neuen Kammer, da ihr eigener Sieg vielleicht nicht groß genug ist, mit festen Forderungen an die Radikalsozialisten heranzutreten.

Die Entscheidung über die parlamentarische Lage Frankreichs wird also voraussichtlich noch nicht am 8. Mai fallen, an dem HERRIOT als Wahlsieger hervorgehen wird, sondern an dem Tag, wo er darangeht, sein Kabinett zu bilden. Der Einfluß des klassenbewußten Proletariats auf diese Entscheidung wird leider nicht ins Gewicht fallen.

Attentat auf französischen Staatspräsidenten.

Am Freitag nachmittag wurde bei der Eröffnung der großen Pariser Ausstellung auf den französischen Staatspräsidenten DOUMER ein Revolveranschlag ausgeübt. DOUMER brach schwerverletzt zusammen und wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht, wo er am Sonnabend morgen gestorben ist.

Der Täter, ein russischer Emigrant PAWEL GARGULOW, wurde gleich nach der Tat verhaftet; er macht den Eindruck eines Geisteskranken und soll bereits am Sonnabend auf seinen Geisteszustand hin untersucht werden.

Gemäß der französischen Verfassung muß unmittelbar nach dem Tod des Staatspräsidenten die Wahl des nächsten Präsidenten vorgenommen werden. Wegen der am Sonntag stattfindenden Stichwahlen nimmt man in politischen Kreisen jedoch an, daß die Präsidentenwahl, die vom Nationalkongreß in Versailles vorgenommen wird, frühestens am kommenden Dienstag stattfinden kann.

Bombenanschlag auf ägyptische Minister.

d Kairo, 6. Mai.

Auf den Sonderzug des ägyptischen Ministerpräsidenten wurde in der Nähe von Kairo ein Bombenanschlag verübt. Die Bombe explodierte jedoch vorzeitig. Die Schienen wurden aufgerissen, zwei Bahnbeamte getötet und drei verletzt. In dem Zug, der kurz darauf die Anschlagstelle passieren mußte, befanden sich der Verkehrsminister, der Erziehungsminister, der Vizepräsident der Kammer und andere bekannte Persönlichkeiten.

Starhemberg verkracht — aber die Heimwehren leben!

In diesen Tagen, in denen unter dem Druck von rechts, insbesondere dem der Heimwehren die österreichische Regierung zurückgetreten ist, um der offenen Reaktion Platz zu machen, muß der Führer der Heimwehren, der Fürst STARHEMBERG, öffentlich seinen, wenn auch nicht politischen, so doch finanziellen Bankrott anmelden. Das Zivillandesgericht Linz an der Donau hat das gerichtliche Vergleichsverfahren eingeleitet mit dem Vorschlag, daß die Gläubiger 50 Prozent der Schuldsummen in zwei Jahresraten zurückerhalten sollen.

Wieviel der damit abgeschriebenen 50 Prozent wird zur Finanzierung der Heimwehren draufgegangen sein?

Die Wiener Krise.

Der Bundespräsident MIKLAS hat die Führer der Parteien sowie die Präsidenten des Nationalrats empfangen. Die Unterredung hat zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß MIKLAS sich gegen eine ausgesprochene Rechtsregierung, in der der Heimatblock vertreten ist, ausgesprochen hat. Danach besteht die Möglichkeit, daß BURESCH ein Kabinett bildet unter Mitwirkung der Großdeutschen. Die endgültige Entscheidung ist wahrscheinlich erst Anfang der nächsten Woche spruchreif.

Die Kenntnis der Einheitskurzschrift wird für den Eintritt in die preußische Beamtenlaufbahn verlangt. (Bekanntmachung des preußischen Kultusministers an die Schulen.)

England baut weiter Unterstützungen ab.

Die englische Regierung hat einen Gesetzentwurf veröffentlicht, der eine Reihe von Aenderungen für die Krankheits- und Invalidenversicherung vorsieht. Unter anderem sollen die Zuschüsse für erkrankte verheiratete Frauen von 12 auf 10 Schilling pro Woche, die Zuschüsse für Arbeitsunfähigkeit von 7,6 auf 5 Schilling pro Woche und für unverheiratete Frauen von 7,6 Schilling auf 6 Schilling herabgesetzt werden. Als Begründung für diese Sparmaßnahmen wird angeführt, daß die Zahl der erhobenen Versorgungsansprüche besonders durch die verheirateten Frauen unverhältnismäßig hoch sei.

Nachträglich bewilligt.

Das englische Zollgesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Das Unterhaus nahm am Donnerstag abend die neue Zollverordnung mit 405 gegen 70 Stimmen an. Diese Abstimmung war nur noch ein formaler Akt: Die von der Drei-Männer-Kommission ausgearbeitete Verordnung ist bereits seit dem 25. April in Kraft, ohne daß das Parlament vorher auch nur die Gelegenheit zu einer Diskussion hatte.

28 Liberale, darunter der Innenminister Sir HERBERT SAMUEL stimmten mit den Arbeiterorganisationen gegen die Verordnung. Ein Arbeiterabgeordneter hielt nach der Annahme des Gesetzes eine Protestrede, in der er sich gegen den wirtschaftlichen Nationalismus wandte, der in der Verordnung zum Ausdruck kommt.

PORGY.

Ein Neger-Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(16. Fortsetzung.)

„Schönen Dank für das Kompliment!" antwortete er, ohne sich auch nur im mindesten entmutigen zu lassen. „Aber trotzdem bleib' ich dein Freund — denn du und ich passen nun mal nicht in diese lächerliche Kleinstadt, weil wir wissen, was echtes Nachtleben heißt . . . Davon will ich ab und zu mal mit dir plaudern — weiter nichts!"

„Ich habe keine Zeit zum Schwätzen!" erwiderte sie. „Und außerdem bin ich froh, daß die Nächte, von denen du da sprichst, hinter mir liegen."

„Magst du auch keinen Schnaps mehr?" fragte er. „Hast du denn nie mehr Durst?"

„Doch — weiß Gott, daß ich manch liebes Mal Durst habe!" sagte sie unwillkürlich, setzte dann aber sofort hinzu: „Aber ich will nichts mehr davon wissen, hab' ich dir gesagt — damit bin ich fertig!"

Sie erhob sich, um zu gehen.

„Ganz krank machst du mich vor Ekel — nicht einmal mehr reden will ich mit dir!"

Er sprang auf und trat dicht an sie heran.

„Ach, komm doch — laß das Vergangene vergangen sein! Wir wollen wieder Freunde sein!"

Seine gedämpfte Stimme bekam etwas Einschmeichelndes, als er dann sagte:

„Komm, gib mir die Hand, Schwester!"

Gefügig, aber noch etwas verwirrt, streckte sie ihm die offene Hand entgegen. Er goß ihr ein kleines Häufchen weißes Pulver hinein — hell und schimmernd hob es sich im Mondschein von ihrer dunklen Haut ab.

„Koks?" fragte sie keuchend. „Nimm das Zeug weg, Nigger — auch damit bin ich fertig, sag' ich dir!"

Doch sie drehte ihre Hand nicht um, damit es zu Boden gleite.

„Ist ja nur eine kleine Erinnerung an vorgangene Zeiten!" flüsterte er. „Nicht mal genug für eine Fliege! . . . Und nicht einen Cent soll's dich kosten!"

Einen Moment stand sie unentschlossen da, ihre Hand zitterte, einige Körnchen fielen zwischen den Fingern herab. Plötzlich aber hob sie die Handfläche zum Mund — als sie sie sinken ließ, war sie leer . . .

Der „Sportsmann" seufzte zufrieden auf, wandte sich ab und wartete, an die Mauer gelehnt.

Die Gesellschaft in der Ecke vor Serenas Waschbank brach auf. Nur einige Frauen blieben noch zurück, und statt des Stimmengewirrs eines allgemeinen Gesprächs vernahm man jetzt deutlich einzelne Bemerkungen. Man unterhielt sich über das Spiel, das vorhin zu Ende gegangen war.

„Eigentlich ist's doch recht merkwürdig, daß das Geld immer an denselben Platz rollt!" sagte jemand.

Der Mondschein hatte den Winkel, wo Bess und der „Sportsmann" waren, inzwischen verlassen. Fünf Minuten mochten wohl vergangen sein, seit sie ihre plötzliche, entscheidende Bewegung gemacht. Die Hände fest auf die Hüften gepreßt, stand sie seltsam starr und unbeweglich da. Plötzlich fuhr sie herum.

„Hast du noch mehr von dem Zeug?" fragte sie leise, aber bestimmt.

„Gewiß hab' ich das!" antwortete er mit dreistem Lachen. „Aber das ist nicht mehr so billig! . . . Gib mir das Geld dafür, das du da hast!"

Ohne ein Wort zu sagen, streckte sie die Hand aus und reichte es ihm.

Er gab ihr ein kleines, zusammengefaltetes Papier.

„Ich habe noch mehr davon, wenn du welches brauchst!" sagte er, als er sich zum Gehen wandte.

Doch sie hörte nicht mehr auf ihn. Mit hastigen Griffen faltete sie das Papier auseinander und schüttete sich seinen Inhalt in den Mund.

Der Hof versank allmählich im Schlaf — hinter immer mehr Fenstern verlosch das Licht. . . .

Die Frauen auf der Waschbank erhoben sich. Eine gähnte laut, eine andere klopfte ihre Pfeife auf die Fliesen aus, wobei ein Funkenregen aufsprühte. Dann hörte man deutlich eine Stimme — dieselbe, die sich vorhin über den Ausgang des Spiels beklagt hatte — sagen:

„Ich will ja nicht behaupten, daß er die Würfel behext oder daß sie falsch sind — aber Tatsache ist, daß Porgy, der verdammte Nigger, meinem Sam jetzt schon den dritten Wochenverdienst abgeluchst hat!"

Aus dem Schatt ensprang, wild gestikulierend, eine Gestalt in die mondhelle Fläche.

Die Frauen fuhren zurück — die, die eben gesprochen hatte, schrie einmal laut auf, und das Echo ihres Schreis klang schrill von den Wänden zurück. Die Gestalt, die herangekommen war, verkrampfte die Hände in ihre Schultern und schüttelte sie. Weitaufgerissene, funkelnde Augen starrten ihr ins Gesicht. Eine Stimme, halb schluchzend, halb wild aufschreiend, gellte sie an:

„Das wagst du über Porgy zu sagen?! . . . Behauptest du, Porgy sei ein Dieb?!"

Doch die Ueberfallene war jung und stark. Sie riß die Hände von ihren Schultern und hob die Arme schützend vors Gesicht. Eine der anderen Frauen wollte die Angreiferin packen, doch vor dem bösartigen, fast wahnsinnigen Blick, der sie traf, wich sie schreiend zurück.

Ueberall flammte Licht hinter den Fenstern auf. Dunkle Leiber lehnten sich über die Fensterbretter. Die baufälligen Treppen herab trappelten eilige Füße. Ein jäher, langgezogener, schreckenerregender Angstschrei durchschnitt den immer wachsenden Lärm: die beiden Weiber waren, dichtumschlungen, hingefallen. Die Zuschauer stürzten vor, um einzugreifen — wurden aber nur in den Kampf hineingezogen. Mitten in dem Aufruhr drehte sich, wie irrsinnig geworden, ein Weib, einem Derwisch gleich, stieß entsetzliche Verwünschungen aus, schlug und kratzte wild um sich.

Der Wirrwarr wuchs, wurde beängstigend, die Bewohner des ganzen Hofes nahmen daran teil. Oben in den Zimmern heulten die Kinder in namenloser Angst.

(Fortsetzung folgt.)

Die schwarze Internationale.

Krieg und Kirche.

„Im wohltuenden Gegensatz zu den Verordnungen der Regierungen anderer Länder, die alles Religiöse abzubauen suchen, hat das ungarische (Landesverteidigungs-) Ministerium in einem Erlasse die Soldaten an die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten erinnert. Wer Gott gegenüber nicht gehorsam sein will, wie kann man von ihm erwarten, daß er auch sonstwie es mit dem Gehorsam allzeit ernst nimmt?

Die neueste ungarische Verordnung des Ministers für Landesverteidigung, zufolge welcher die katholischen Offiziere und Soldaten vor Kirchen und Kruzifixbildern salutieren oder das Kreuzzeichen zu machen haben, wurde viel kommentiert und hat den besten Eindruck erweckt. Gerade so gut, wie der Mohammedaner den Mut hat, sich zum Gebete nach Mekka zu wenden, so soll der Katholik, auch wenn er in Uniform ist, den Mut haben, den Glauben auch äußerlich zu bekennen. Der Minister will mit der einfältigen Menschenfurcht aufräumen, als dürfe man in Uniform kein religiöses Zeichen ausführen. Im Erlasse des Ministers drückt sich der Sieg einer neuen Geistesrichtung bei uns aus. Nur in verschrobenen Köpfen kann Ziel und Zweck des Staates darin bestehen, die Bürger mit Gesetzen und Verordnungen dazu zu verleiten, ihre selbstübernommenen Pflichten nicht zu erfüllen. Der moderne Staat, der seinen natürlichen Aufgaben nachkommen will, braucht Bürger, die mehr leisten, als es ihre strikte Pflicht wäre, und er kann keine Bürger brauchen, die sich um ihre Pflichten herumdrücken. Auch die soziale Frage ist nicht mit Gesetzen allein zu lösen; ohne Geist und Seele kann kein sozialer Staat geschaffen werden, sondern nur Sowjetrepubliken.

Der Erlaß des Ministers ist auch von Andersgläubigen vollauf in seiner Bedeutung anerkannt worden."

ECCLESIASTICA vom 2. April 1932.

Sittlichkeitsschnüffler in Front.

Ihre Stunde scheint gekommen.

h **Berlin**, 2. Mai.

Im preußischen Staatsrat hat die Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Im Interesse einer wirklichen Bekämpfung der Unsittlichkeit ersucht der Staatsrat das Staatsministerium unter Berücksichtigung der neueren Erfahrungen:

Bei der Reichsregierung für eine zweckmäßige Aenderung der einschlägigen Reichsgesetze (Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Reichsgesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz, Reichsgewerbeordnung u. s. w.) einzutreten; — die preußischen Ausführungsgesetze und -bestimmungen einer kritischen Ueberprüfung und geeigneten Aenderung zu unterziehen; — die örtlichen Polizeiorgane mit Weisungen zu versehen, die einer wirksameren Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit dienlich sind.

Priester-Strafe 100 Mark.

H. Lt. In Osterzhausen bei Aichach in Bayern erhielten der Landwirt und Raiffeisenvereins-Vorstand Georg Brandner und dessen Mutter vor einiger Zeit anonyme Briefe mit unanständigen Ausdrücken und Redewendungen. Die Flüssigkeit des Stils und besondere Redensarten lenkten den Verdacht auf — den Ortspfarrer Andreas Reissner, der schon seit 12 Jahren mit Brandner im Streit lag. Die Sachverständigen des Gerichts stellten den Pfarrer, der sich früher einmal gerühmt hatte, er könne fünferlei Schriften nachmachen, als den Schreiber dieser Briefe fest. Das Gericht verurteilte den würdigen Mann zu einer Geldstrafe von nur 100 Mark.

Wir haben erst vor kurzem im „Funken" (Nr. 93) über zwei weitere Fälle berichtet, in denen bayerische Priester zu einer Geldstrafe von nur 100 Mark verurteilt worden sind: das eine Mal ein katholischer Stadtpfarrer in München wegen Verletzung der Vorschriften über Ziviltrauung; das andere Mal ein Benefiziant aus Sonthofen (Allgäu) wegen versuchter Erpressung. In Bayern scheint sich ein fester Satz für Priester-Strafen anzubahnen. Bedauerlich, daß er so niedrig ist!

Radio im Talar.

Das isländische Altingsmitglied, der Leiter des isländischen Medizinalwesens, Jonsson (SP), hat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der die Verabschiedung von ⅔ aller isländischen Geistlichen fordert und die Verbreitung der Gottesdienste durch Rundfunk verlangt.

*

Die Kirche ist im allgemeinen für die Ausnutzung technischer Errungenschaften sehr zu haben; die Koppelung von Mittelalter und Neuzeit, wie sie in der Radio-Verbreitung des päpstlichen Segens oder in der Benutzung bequemer Autos zu Wallfahrts- und Missionsreisen zum Ausdruck kommt, stört sie nicht. Den von Witz und Sparsamkeit diktierten isländischen Vorschlag wird sie trotzdem nicht willkommen heißen, da er nicht nur ihr Einkommen, sondern auch ihren unmittelbaren Einfluß erheblich herabsetzt. Und wie sollte man wohl die Verteilung des Abendmahls per Rundfunk vornehmen!

*

Eine päpstliche Behörde zu Rom gab vor kurzem folgendes bekannt: Das Hören der Messe durch den Rundfunk ist kein gültiger Ersatz für die vorgeschriebene persönliche Teilnahme an der Messe. Nur in gewissen Fällen, z. B. bei Krankheit, werden Ausnahmen zugelassen. — Wir verstehen: Es fehlen Weihrauch, dämmerige Kirchenluft und ähnliche Mittel zur Erzeugung der von den Priestern gewünschten Suggestion.

*

In der päpstlichen Vatikan-Stadt zu Rom wird gegenwärtig am Ausbau der Radio-Station gearbeitet. Alle päpstlichen Gesandten in den verschiedenen Staaten sind bereits im Besitz von Empfangsapparaten, an denen sie zu bestimmten Stunden die Befehle ihres Herrn entgegennehmen können. Nunmehr sollen auch die außerhalb Italiens wohnenden Kardinäle mit solchen Empfangsapparaten ausgerüstet werden.

Roter Himmel — volle Kirchen.

„In Asuncion, der *Hauptstadt von Paraguay*, entstand am Dienstag eine ungeheure Panik unter der Bevölkerung, als sich der Himmel plötzlich blutrot färbte. Die Menschen strömten angsterfüllt durch die Straßen. Tausende glaubten, das Ende der Welt sei gekommen und *eilten in die Kirchen*, die dicht gefüllt waren. Man vermutet, daß die Ursache der merkwürdigen Naturerscheinung mit den neuen Vulkanausbrüchen zusammenhängt.

*

Das berichtet der gut katholische „Bayerische Kurier", ohne zu bemerken, wie sehr er die wahrscheinlich katholische Bevölkerung blamiert, die wie eine Hammelherde in ihrer Unbildung in die Kirchen läuft, statt vernünftige Rettungsversuche vor den Vulkanausbrüchen anzustellen.

Ein Kirchenlicht.

Er war Teilhaber einer großen Spinnerei und Weberei. Er genoß jedes nur denkbare Ansehen, der Herr Fr. Werth von der Firma Schilgen & Werth in Emsdetten. Er war in weltlichen und kirchlichen Vereinen tätig, spielte eine Rolle im Kirchenvorstand und in verschiedenen Kuratorien. Dieser Ehrenmann wurde jetzt wegen betrügerischen Bankrotts und fortgesetzten Betruges vom Erweiterten Schöffengericht in Münster zu einem Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Ehrenmann hat seine Gläubiger um 900 000 Mark geschädigt. Seit 1924 hat er nur mit gefälschten Bilanzen gearbeitet. Er hat Steuerhinterziehung begangen. Werth soll die Riesensummen für Zwecke gebraucht haben, die ihn als „das Opfer einer späten Leidenschaft" erkennen lassen. Bl.

Arbeiter-Not in Zahlen und Bildern.

Aus dem Bericht des Kölner Statistischen Amtes über die **Leihhäuser** der Stadt:

Ende Februar 1931 zählte man hier 93 515 Pfänder. Ende Januar 1932 waren es 108 380, und im Laufe des Februar stieg diese Zahl auf 112 054. Es sind also um 20 Prozent mehr Pfandstücke in den Leihhäusern vorhanden als in derselben Zeit des Vorjahres. — Die Beleihungssummen ergaben Ende Februar 1931: 1 569 019 Mark, Ende Februar 1932: 1 662 019 Mark. In der gleichen Zeit, in der die Zahl der Pfänder um fast 20 Prozent zunahm, hat sich die Beleihungssumme nur um knapp 6 Prozent vermehrt.

Immer armseliger ist der Hausrat, den die Arbeiter und Arbeitslosen in das Leihhaus tragen.

*

Nicht nur im Leihhaus verschwinden Möbel und Kleider der Arbeiterschaft. Der **Gerichtsvollzieher** macht seine Runde.

Anfang April sollte in Potsdam die Wohnung des Heizers Büttner durch den Gerichtsvollzieher geräumt werden. Er hatte sich die Packer zum Abtransport der Möbel gleich mitgebracht. Aber beim Anblick der elenden Wohnung entschlossen diese Arbeiter sich aus Klassensolidarität zum passiven Widerstand; die Möbel blieben an ihrem Platz. Sie blieben es auch, als der Gerichtsvollzieher andere Möbelträger kommen ließ. Auch diese weigerten sich, zuzugreifen. Die Räumung der Wohnung unterblieb.

Sonntag morgen im **Stettiner Hafenviertel**. Wir wollen mit dem „Funken" von Haus zu Haus gehen und für den Sozialismus werben.

Von außen sehen die Häuser noch annehmbar aus. Aber im Innern! Die Treppenflure stockdunkel jetzt am Vormittag, die Wendeltreppen ausgetreten. Oft befindet sich die Wohnungstür im finstersten Winkel des Treppenflures. Wir müssen den Flur absuchen, um überhaupt die Eingänge zu den Wohnungen zu finden. Ich klopfe an eine Tür. Eine Frau öffnet, wir kommen ins Gespräch: „Ja, diese Häuser sind schon einige Jahrhunderte alt." „Wie groß sind denn hier die Wohnungen?" „Unsere Wohnung besteht aus einer Stube." Auf meinen Wunsch läßt sie mich eintreten. Ein Raum von etwa 2½ Meter Breite und 4 Meter Länge; zwei Betten stehen darin. „Wieviel Personen hat Ihre Familie?" „Wir sind sieben!" Ich mag kaum glauben, daß hier sieben Menschen hausen müssen. Aber die Frau wiederholt: „Ja, und die meisten Familien haben hier nur eine Stube!" Ich gehe zur nächsten Tür. Auf demselben Treppenflur sind noch drei Wohnungen. Die vier Familien haben zusammen nur eine Wasserleitung, die sich im Treppenhaus befindet. Neben jeder Wohnung ist eine Kammer — ich halte sie irrtümlich für Aborte. Diese Kammern sind aber die Küchen! Es sind Löcher ohne Fenster. Wenn jemand kocht, muß er die Türe zum Treppenflur offen lassen, damit er Platz hat.

Ein anderer Arbeiter zeigt uns seine Wohnung. Das gleiche Bild: eine Stube und die fensterlose Kammer. Er erzählt: „Hier wohnen meist erwerbslose Hafenarbeiter. Die Mieten (10,75 Mark monatlich im Durchschnitt) können wir kaum aufbringen. Fünf Personen wohnen durchschnittlich in einer Wohnung. Die Gefahr der Krankheiten ist sehr groß, besonders für unsere Kinder. Ein Kind holen wir heraus aus dem Krankenhaus, ein anderes bringen wir hinein. Besonders verheerend haben hier gerade Diphtherie und Windpocken gehaust." Seine Nachbarin war an schwerer Diphtherie gestorben. Schon nach drei Tagen wurde die Wohnung desinfiziert. „Wir möchten alle gern hier aus diesen Löchern ausziehen, aber wo anders sind die Mieten viel zu hoch. Ich bekomme alle 14 Tage 23,50 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Mit Arbeit können wir kaum noch rechnen; der Hafen liegt beinahe ganz still."

In politischer Beziehung herrscht Verzweiflung und Verwirrung. Ein Arbeiter sagt: „Die KP sollte nur ruhig auffordern, Hitler zu wählen, damit es schneller zum Klappen kommt." Auf die Kirche schimpft er ein wenig: „Unsere Kinder müssen dreiviertel Stunden laufen, ehe sie zur Schule kommen; aber hier in der Nähe des Hafens bauen sie jetzt eine neue Kirche!" Von Kirchenaustritt will er aber nichts wissen.

Diese Gegend, so sagt man uns, ist noch nicht die schlechteste in Stettin.

*

Die **Angst vor der Arbeitslosigkeit** greift um sich. Ein Hamburger Maurerlehrling stand vor der Gesellenprüfung. Mit Absicht lieferte er ein so schlechtes Gesellenstück, daß er durchfallen mußte. Ihm graute davor, als Geselle arbeitslos auf der Straße zu liegen; lieber wollte er sich weiter als Lehrling schinden lassen.

*

Und die Arbeiterschaft verliert die Kraft und den Willen zum Widerstand!

Eine Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts zeigt, daß die **Arbeitskämpfe**, selbst die RGO-Arbeitskämpfe mitgezählt, nach Zahl und Umfang in den letzten Jahren außerordentlich zurückgegangen sind.

Während im Jahre 1920 in rund 50 000 Betrieben 4392 Arbeitskämpfe mit insgesamt 1½ Mllionen Streikenden bzw. Ausgesperrten stattfanden, wurden für das Jahr 1930 nur noch 366 Arbeitskämpfe in 3500 Betrieben mit insgesamt 214 000 Beteiligten gemeldet.

Verlorene Arbeitstage infolge Streik oder Aussperrung (in Tausenden)

1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
36 023	16 856	1272	5936	19 481	4373	3817

Die Zahl der im Jahr verlorenen Arbeitstage hat sich hiernach von 36 Millionen auf weniger als 4 Millionen für 1930 verringert. Davon kommen rund 3 Millionen auf das Konto der Eisen- und Maschinenindustrie sowie des Bergbaues. Allein der Streik in der Berliner Metallindustrie im Herbst 1930 gegen die Herabsetzung der tariflichen Löhne kostete 1,6 Millionen Arbeitstage. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern waren 1930 nur 322 mit 1484 Arbeitstagen, von den Angestellten nur 35 an Streiks beteiligt.

Auch die Dauer der einzelnen Arbeitskämpfe war 1930 sehr gering. Meist waren die Streitigkeiten in wenigen Tagen beendet. Rund die Hälfte der Streiks des Jahres 1930 hat nicht länger als 10 Tage gedauert.

Von 342 Streiks im Jahre 1930 hatten 65 vollen und 96 teilweisen Erfolg. 181 Streiks blieben erfolglos. Von 29 Aussperrungen im gleichen Jahr waren 4 erfolgreich, 16 hatten teilweisen und 9 keinen Erfolg. Die Kämpfe der Arbeiterschaft waren also fast zu 60 Prozent völlig erfolglos, die der Unternehmer nur zu 31 Prozent.

Denunziantenzüchterei.

f **Trier**, 4. Mai.

Eine empörende Willkürmaßnahme gegen verzweifelte Proletarier traf der Oberbürgermeister von Trier. Dort war anläßlich von Unruhen in einer Straße das Pflaster aufgerissen worden, um einen Ueberfallwagen an der Fahrt zu verhindern. Der Oberbürgermeister hat angeordnet, daß die Kosten für die Straßenreparatur und für den größeren Polizeiaufwand den Bewohnern der an den Unruhen beteiligten Straßen (meist Wohlfahrtsempfängern) von der Unterstützung abgezogen wird.

*

Dieses System der kollektiven Bestrafung, bei dem die Behörden sich die Mühe der Feststellung der einzelnen Schuldigen sparen, ist in Deutschland — außer in schlechten Schulen, beim Kommis und in Zeiten des Bürgerkrieges — neu. In Indien hat es große Empörung hervorgerufen, als die Engländer es vor einiger Zeit eingeführt haben.

Im Berliner Felseneck-Prozeß teilte der Verteidiger Piccard mit, daß der Angeklagte Neest von der Kolonie Felseneck mit einem kriminellen Gefangenen in gemeinsame Haft gelegt worden ist, und daß dieser Gefangene bereits zweimal darüber vernommen worden ist, ob ihm Neest Mitteilungen über die Beteiligung an den Vorgängen in Felseneck gemacht habe. Piccard sprach die Vermutung aus, daß diese gemeinsame Haft auf Veranlassung des Staatsanwalts erfolgt sei. Das Gericht wies diese Vermutung zurück und sagte eine genaue Untersuchung der Angelegenheit zu.

Wandelgangparasiten.

Hoover wird energisch.

f **Washington**, 6. Mai.

Präsident Hoover hat dem Kongreß eine neue, sehr scharf gehaltene Botschaft übersandt, in der er die zögernde Behandlung der von der Regierung vorgelegten Maßnahmen zur Ausgleichung des Haushalts durch den Kongreß und die Parteiführer mißbilligt. In der Botschaft erklärt Hoover u. a., daß die augenblickliche gesetzgeberische Arbeit des Kongresses den Kredit und das Ansehen der Vereinigten Staaten schädige. Hoover verlangt aufs neue sofortige produktive Maßnahmen. Weiter verurteilt Hoover die „Heuschreckenschwärme der Wandelhallenparasiten", die nur ihre eigenen Vorteile erstrebten und die Volksvertreter durch ihre Propaganda über die wirkliche Volksstimmung täuschten.

Die schwebenden Lohnkämpfe.

Baugewerbe.

Zur Entscheidung über die Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe hat der Reichsarbeitsminister den stellvertretenden Schlichter Oberregierungsrat Professor KRAMER als Sonderschlichter für die Gebiete Osten, Brandenburg, Groß-Berlin und Freistaat Sachsen bestellt.

Die in den Tarifgebieten Ober- und Niederschlesien gefällten Schiedssprüche sind von beiden Vertragspartnern angenommen worden. Die Tarifparteien beabsichtigen, die *Allgemein*verbindlicherklärung der neuen Lohnabkommen zu beantragen.

Seeschiffswerften.

Vor der Sonderschlichtungskammer in Hamburg verhandelten am Mittwoch die am Tarifvertrag für die Schiffswerften beteiligten Parteien. Der Schlichter für die Nordmark, STENZEL, schlug vor, bis zum 1. Juni die Löhne unverändert zu lassen und sie dann zu senken (in der Spitze um drei Pfennige). Die neuen Löhne sollten dann für sechs Monate gelten. Beide Parteien lehnten diesen Vorschlag ab. Ein Schiedsspruch wurde nicht gefällt. Da der Lohntarif zum 30. April gekündigt war, herrscht jetzt ein tarifloser Zustand.

Berliner Gastwirtsangestellte.

H. K. Wir berichteten im „Funken" vom 30. April ausführlich über die Aussperrung im Berliner Gastwirtsgewerbe. Der Konflikt ist jetzt beigelegt worden, unter erheblichen Zugeständnissen der Gewerkschaften. Am Freitag wurden zwei Schiedssprüche gefällt und beide von beiden Tarifpartnern angenommen. Der erste Schiedsspruch schloß die Verhandlungen ab, die die christlichen und HIRSCH-DUNCKERschen Gewerkschaften mit den Unternehmern geführt hatten, der zweite die Verhandlungen des (freien) Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mit den Unternehmern. Beide Schiedssprüche sprachen eine Kürzung des Urlaubsgeldes um 30 Prozent aus. Die Schiedssprüche unterscheiden sich nur in der Zeitdauer des neuen Tarifs: der läuft für die christlichen und HIRSCH-DUNCKERschen Gewerkschaften bis zum 15. Juli, für den Zentralverband bis zum 30. September.

Uns interessiert hier nur die Entscheidung der freien Gewerkschaft. Sie hatte, wie wir bereits berichteten, sich mit einer Kürzung des Urlaubsgeldes um 10 Prozent einverstanden erklärt. Jetzt hat sie 30 Prozent zugestanden. Die Unternehmer hatten Kürzung des Urlaubsgeldes um 50 Prozent und außerdem Kürzung der Urlaubszeit verlangt. Das System ist klar: es ist das der Händler, die zunächst 50 Mark fordern, wenn sie damit rechnen, etwa 30 Mark zu bekommen. Und dann geht der Handel los. Das Schlimme ist, daß die Gewerkschaften sich auf dieses System einlassen und damit den gewerkschaftlichen Kampf begraben.

Die Gewerkschaften hatten neulich bei der Aussperrung den Standpunkt vertreten, die Kündigung durch die Unternehmer sei arbeitsrechtlich unzulässig, weil zum ersten Mai der im Tarif festgelegte Urlaubsanspruch wirksam wurde; d. h. wer am 1. Mai ein bzw. drei Jahre in demselben Betrieb gearbeitet hatte, hatte Anspruch auf sechs bzw. neun Tage Urlaub bei einem Urlaubsgeld von 6 Mark pro Tag. Jetzt, wo sie das tariflich festgelegte Versprechen einlösen sollen, treten die Unternehmer davon zurück; und der Schlichter sagt: ja, so soll es sein — wenn auch nicht 50 Prozent Kürzung, so doch 30 Prozent; und die Gewerkschaften sagen *ohne Not:* ja, so soll es sein. Weshalb lehnen die Gewerkschaften nicht wenigstens den Schiedsspruch ab und ließen es auf die Verbindlichkeitserklärung ankommen? Darauf antwortete uns der zuständige Kollege vom Zentralverband: „Unsere Mitglieder drängen darauf, jetzt ihren Urlaub zu kriegen; die Verbindlichkeitserklärung hätte eine lange Verzögerung bedeutet."

Die angebliche Absicht der Gewerkschaft, nun noch vor das Arbeitsgericht zu gehen, kann man nicht mehr ernst nehmen. Sie wird wohl auch froh sein, wenn keines ihrer Mitglieder einen dahingehenden Antrag stellt.

Gegen Streikbrecher und Polizei.

z Wellington, 6. Mai.

In Neuseeland ist es von neuem zu schweren Straßenunruhen gekommen. In der Stadt Christchurch hatten die Straßenbahner als Protestakt gegen die Entlassung von 12 Kollegen den Streik beschlossen. Der Straßenbahnverwaltung gelang es jedoch am Freitag morgen, eine Reihe von Streikbrechern zu finden, die bereit waren, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Streikenden suchten die Wagen am Ausfahren zu hindern. Es kam dabei zu heftigen Kämpfen, die bis in den Nachmittag hinein dauerten; dann konnten die Streikbrecher unter dem Schutz einer starken Polizeibedeckung ihre Arbeit aufnehmen.

Aus Solidarität zu den streikenden Arbeitern von Christchurch sind die sämtlichen Bergleute des Hikurangi-Bergwerks in den Streik getreten.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken":

K. K. in C. 22,36 M; H. K. in G. 10,— M; W. S. in D. 15,— M; E. F. in F. 25,— M; H. D. in K. 10,— M; W. A. in V. 10,— M; G. B. in E. 5,— M; R. K. M. in L. 10,— M; H. L. in M. 11,— M; R. L. in G. 90,— M; A. F. in S. 5,— M; Sammlung H. 81,— M; R. L. in B. 46,50 M; E. H. in B. 5,— M; I. R. in B. 5,— M; F. L. in H. 2,80 M; W. M. in K. 20,— M; O. W. in G. 10,— M; E. R. in B. 10,— M; W. B. in M. 1,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, eine weitere Unterstützung des „Funken" ist sehr erwünscht; Werbemarken (Briefverschlußmarken) zu 10, 20 und 50 Pfennig können von uns abgefordert werden. (Postscheckkonto: Berlin Nr. 80460; Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

Frankreich sperrt seine Grenzen.

Wie aus der amtlichen Statistik hervorgeht, haben 1823 ausländische Arbeitskräfte Frankreich in der letzten Aprilwoche verlassen, während nur 107 Einreisegenehmigungen erteilt wurden. Zur Zeit werden nur Spezialisten und Facharbeiter zugelassen, deren Einreise nach Frankreich im Interesse der Wirtschaft liegt. Vom April 1931 bis März 1932 sind nach den amtlichen Feststellungen mehr als 106 000 ausländische Arbeitskräfte aus Frankreich abgewandert. Da die amtliche Kontrolle nur einen Teil der Abgewanderten erfaßt, wird ihre Zahl wahrscheinlich wesentlich höher sein. Diese Ausweisung der Arbeiter ist unter der Zustimmung der französischen Sozialdemokratischen Partei erfolgt, die keinen andern Weg wußte, sich der Konkurrenz dieser Arbeiter zu erwehren als sie auszustoßen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Wedding: am Mittwoch, dem 11. Mai, um 20 Uhr, Prinz-Eugen-Straße 29, Restaurant „Zum braunen Bär". Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Bezirk Lichtenberg: am Donnerstag, dem 12. Mai, um 20 Uhr, Lokal Wittschuß, Petersburger Straße 5. Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Braunschweig: Dienstag, den 10. Mai, 20.15 Uhr, im „Handelshof", Lessingplatz 5. Thema: Die Aufgabe des ISK in der Arbeiterbewegung.

Essen: Am Donnerstag, dem 12. Mai, um 20 Uhr, in der Wirtschaft Kulbrock, Beuststraße 49, öffentliche Aussprache: Thema: Wo ist der Ausweg aus der Wirtschaftskrise? Redner: Walter Fließ, Köln.

Hamburg-Barmbeck: Dienstag, den 10. Mai, 20.15 Uhr, im Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Die politische Lage nach den Wahlen.

Zwickau: Montag, den 9. Mai, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Str. Thema: „Die Bedeutung der Führererziehung im ISK."

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Der Bund entschiedener Schulreformer veranstaltet am Dienstag, dem 10. Mai, 19.30 Uhr, in der Augusta-Schule, Elßholzstraße 34-37 (Ecke Pallasstraße), eine öffentliche Versammlung! Dr. FRITZ AUSLÄNDER (als Gast) spricht über: Grundsätze und Forderungen der Kommunistischen Partei auf dem Gebiete der Erziehung und Schule. Jedermann ist eingeladen!

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 8. Mai.

Berlin:
12.15 Reichskanzler BRÜNING spricht beim Verband der ausländischen Presse (über alle deutschen Sender).

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Die Lage der Kleingewerbetreibenden in der Sowjet-Union.

Montag, den 9. Mai.

Hamburg:
17.30 Dr. K. SCHROEDER: Im Spiegel der Weltwirtschaft.

Königswusterhausen:
17.30 Dr. W. SCHUECK: Südamerika in der Krise.
22.05 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Leipzig:
19.45 Bericht eines Verschütteten der Katastrophe der Karsten-Zentrum-Grube in Oberschlesien.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Wie lebt und arbeitet die Sowjet-Jugend?

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken"! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken"!

ISK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

FRITZ GROB:
Genossen, besinnt Euch!
*
Zahlen des Niedergangs:
Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.
*

HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise
*
Zum Nachdenken:
Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen? *Körperschaften öffentlichen Rechts?* — Bibel-Umsatz. — Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5 % Rabatt!

WAHN-EUROPA 1934
Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4.80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0.60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastr. 8. Postscheck: Hamburg 831 67

Erstklassige Maßarbeit
Herren- Anzüge Mäntel
Damen- Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O. v. Guerickestr. 104, H. r. I.
Stoffmuster vorrätig.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Naturreiner, echter
Bienenhonig
10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Soeben erschien: Von KARL HINKEL
Indien in der Zange
Die wirtschaftliche Not eines grossen Volkes
Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark
In der Zange des englischen Imperialismus und des indischen Kapitalismus eingekeilt liegt Britisch-Indien
353 Millionen brauner Menschen sind — dank der Herrschaft der indischen Religionslehren — preisgegeben der vereinten Ausbeutungsgier fremder Eindringlinge und einheimischer Unterdrücker
AUS DEM INHALT:
Die wirtschaftliche Lage in Indien. Die Ursachen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Armut in Indien. Die Grundprinzipien zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Aussichten für die Durchführung dieser Maßnahmen.
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a

Aus der Praxis des Reichsgerichts.

Klassensolidarität der Klassenrichter.

Ostpreußische Agrarier und Bauern hatten sich vor Jahren in der „Ostpreußischen Schwarzen Fahne“ zusammengeschlossen, um u. a. Zwangsversteigerungen von Landwirten zu verhindern. Sie allerdings sprechen ihre Absichten anders aus: als 1929 die Zwangsversteigerungen gegen ihre Berufsgenossen überhand genommen hätten, hätten sie dafür gesorgt, „daß zu den Zwangsversteigerungsterminen immer eine größere Anzahl Mitglieder der „Ostpreußischen Schwarzen Fahne“ erschienen, um so die Not der ostpreußischen Landwirtschaft öffentlich zu zeigen und auf das Unrecht hinzuweisen, das in der Vornahme von Zwangsversteigerungen in einer Zeit solcher Not liege.“

Die Große Strafkammer beim Landgericht Königsberg hatte jedoch in diesen harmlosen Demonstrationen den Versuch gesehen, „den freien Willen der Bieter auf zivilrechtlich begründeten Versteigerungen planmäßig zu beeinflussen“, und hatte im Juni 1931 die Führer der „Ostpreußischen Schwarzen Fahne“, die Landwirte Döpner, von Platen, Thymian und Weiss wegen Vergehens gegen Paragraph 129 StGB verurteilt. (§ 129: „Die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu einem Jahre, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren zu bestrafen. . . .“)

Die Sache wurde kürzlich erneut verhandelt vor dem Zweiten Strafsenat des Reichsgerichts. Oberstaatsanwalt Floegel sah in dem Vorgehen der Angeklagten eine schwere Gefährdung der Staatsautorität. Die Voraussetzung des übergesetzlichen Notstandes seien trotz der wirtschaftlichen Not von 1929 nicht gegeben gewesen. (Uebergesetzlicher Notstand, § 54 StGB: „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.“)

Der Zweite Strafsenat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Witt teilte den Standpunkt des Staatsanwalts nicht, sondern verkündete folgende Entscheidung:

„Die Urteile des Landgerichts Königsberg vom 4. Juni 1931 werden aufgehoben. Die Angeklagten werden freigesprochen. Die Tatbestandsmerkmale des § 129 StGB liegen vor. Es ist aber nicht erwiesen, daß die Verbindung zum Zwecke der Ergreifung ungesetzlicher Maßnahmen begründet oder zusammengehalten wurde. Freigesprochen müssen die Angeklagten werden nach § 59 StGB. Der Senat nimmt an, die Angeklagten seien der Meinung gewesen, der Notstand, in dem die Landwirte Ostpreußens sich befanden, gebe ihnen ein Recht, sich in der geschehenen Weise zu wehren. In diesem Bewußtsein sei die beanstandete Verbindung geschlossen worden.“

(§ 59 StGB: „Wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung **das Vorhandensein von Tatumständen** nicht kannte, welche zum gesetzlichen Tatbestande gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen. . . .“ Es ist beachtenswert, daß hier nicht von einem **Rechtsirrtum** die Rede ist.)

*

Diese Entscheidung des Reichsgerichts gibt zu erheblichen Bedenken Veranlassung. Das Reichsgericht stellt selber fest, daß die ostpreußischen Bauernführer an einer Verbindung teilgenommen haben, zu deren Zwecken es gehört, die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern (§ 129 StGB). Trotzdem ist das Reichsgericht zu einer Freisprechung der Angeklagten gelangt, weil sie irrtümlich angenommen hätten, der Notstand, in dem die Landwirte Ostpreußens sich befänden, gebe ihnen das Recht, sich in der geschehenen Weise zu wehren. Die Angeklagten sollen also irrtümlich geglaubt haben, es sei *nicht* ungesetzlich, die Vornahme von Zwangsversteigerungen in den vorliegenden Fällen zu vereiteln. Diese Entscheidung steht im Widerspruch zu der früheren Rechtsprechung des Reichsgerichts, wonach das Vorliegen eines *Rechtsirrtums den Angeklagten nicht entschuldigt.* Was würde wohl das Reichsgericht dazu sagen, wenn Kommunisten, die wegen Vorbereitung des Hochverrats angeklagt sind, sich darauf berufen würden, sie hätten irrtümlich angenommen, es sei — bei der Notlage der Arbeiterschaft erlaubt, zur Beseitigung dieses Notstandes Revolution zu machen? Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Erwägung heraus, daß das Reichsgericht zwar *das Recht auf Gegenrevolution* zugunsten der ostpreußischen Bauernführer, nicht aber *das Recht auf Revolution* zugunsten der Arbeiterschaft anerkennt.

Das Reichsgericht hatte in seiner früheren Rechtsprechung immer den Standpunkt vertreten, daß ein Irrtum des Täters darüber, ob eine *Berechtigung zur Selbsthilfe* vorliege, unerheblich sei. Diese Rechtsprechung zu § 59 StGB hat das Reichsgericht in dem vorliegenden Falle aufgegeben. Bisher sind Arbeiter auch immer noch wegen Landfriedensbruchs bestraft worden, wenn sie etwa ein Lebensmittelgeschäft geplündert und sich damit verteidigt haben, daß sie geglaubt hätten, sie seien bei der herrschenden Notlage hierzu berechtigt. Diese Rechtsprechung allerdings, von der das Reichsgericht in dem vorliegenden Falle abgewichen ist, stammt bezeichnenderweise noch aus einer Zeit, in der kein Richter daran gedacht hat, daß seine eigenen Klassengenossen, zu denen doch die ostpreußischen Bauernführer gehören, einmal in die Lage kommen würden, ihrerseits zur Selbsthilfe zu greifen.

Auch die Lehre von dem *übergesetzlichen Notstand*, auf die sich das Reichsgericht beruft, ist bisher immer abgelehnt worden. Nach der klaren Bestimmung des § 54 StGB führt ein Notstand nur dann zur Straffreiheit, wenn die Handlung zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist. Nun kann aber keine Rede davon sein, daß die ostpreußischn Landwirte sich in einer Lebensgefahr befinden, mag auch ihre wirtschaftliche Lage noch so ungünstig sein. Ferner fehlt es doch auch an einer verwandtschaftlichen Beziehung zwischen den angeklagten Bauernführern und denjenigen Landwirten, deren Grundstücke versteigert werden sollten.

Nach alledem läßt die Entscheidung des Reichsgerichts erkennen, daß sie auf einer *Mißachtung des in der Verfassung erkannten Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz* beruht.

Verständigung.

Litauen will verhandeln.

Der starke Wahlerfolg der Memeler Mehrheitsparteien hat die Bereitschaft der litauischen Regierung, bei der Bestimmung des memelländischen Direktoriums im Einverständnis mit der Mehrheit des Landtags vorzugehen, begreiflicher Weise verstärkt. Sowohl litauische Regierungskreise wie litauische Zeitungen betonen die Notwendigkeit einer Verständigung. Wie wir schon meldeten, wird der bisherige Präsident des Direktoriums, Simmat, voraussichtlich von sich aus zurücktreten. In litauischen Kreisen wird allerdings der Anspruch angemeldet, daß dieser Posten auch künftig von einem memelländischen *Litauer* besetzt werden solle, ein Anspruch, der gewiß den Protest der Mehrheitsparteien von neuem heraufbeschwören wird. Es wird sich dann zeigen, wie weit auf beiden Seiten der Wille zur Verständigung geht.

Der Gouverneur Merkys hat dem litauischen Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Von weiten Kreisen Litauens ist ihm die Schuld für die litauische Wahlniederlage zugeschrieben worden.

Das Kabinett hielt am Freitag nachmittag beim Staatspräsidenten eine Sitzung ab, auf der u. a. das Rücktrittsgesuch des Gouverneurs Merkys zur Beratung stand. Wie verlautet, wurde das Gesuch vom Staatspräsidenten angenommen. Die Ernennung des neuen Gouverneurs wird schon für Sonnabend erwartet. Ueber die weitere Verwendung von Merkys verlautet vorläufig nichts.

Der neue memelländische Landtag soll bereits zum 26. Mai einberufen werden. Bis dahin soll an Stelle des Direktoriums Simmat, dessen Rücktritt im Laufe der nächsten Tage zu erwarten ist, ein neues Direktorium durch den neu ernannten Gouverneur im Einvernehmen mit den Führern der Landtagsparteien gebildet werden.

Zuchthaus gegen „Rote Reiter“.

In den ersten Maitagen verhandelte der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts gegen einige Kommunisten, die unter Benutzung einer illegalen Soldatenzeitung „Der Rote Reiter“ zersetzend unter den Soldaten des Reiterregiments 9 in Fürstenwalde gearbeitet hatten.

Am Mittwoch wurde das Urteil verkündet: der Hauptangeklagte Willi Schulz aus Berlin wurde, dem Antrag des Oberreichsanwalts entsprechend, zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Neun weitere Angeklagte erhielten Festungsstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zu zwei Jahren sechs Monaten, ein Angeklagter erhielt zwei Monate Gefängnis.

Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Coenders, begründete die Zuchthaus- und Ehrenstrafe gegen den Hauptangeklagten damit, daß die hochverräterische Tätigkeit einer durchaus gemeinen Gesinnung entsprungen sei. Diese Behauptung begründete er mit dem Hinweis auf die Redewendung im „Roten Reiter“: „Bald kommt die Zeit, wo wir mit den Menschenschindern von Offizieren kurzen Prozeß machen werden.“ Diese Bemerkung grenze an Aufreizung zum Mord, wie auch die Anweisung, beim Uebungsschießen mit Platzpatronen Kieselsteine in die Gewehrläufe zu stecken. Der Vorsitzende verwahrte den Strafsenat gegen den Vorwurf, daß er die kommunistische Gesinnung bestrafe.

Was von dieser Zurückweisung zu halten ist, darüber belehrt uns der Vergleich dieses Urteils mit einem anderen Urteil desselben Gerichtshofs: dem Urteil, das er im Oktober 1930 gegen die nationalsozialistischen Ulmer Reichswehroffiziere Scheringer und Genossen gefällt hat. Auch hier war der Tatbestand der Zersetzungsarbeit erwiesen; das Reichsgericht stellte damals über das Unternehmen der Angeklagten fest: „Ziel war der Sturz der Regierung durch Gewinnung der Reichswehr dafür, daß die Reichswehr einer für möglich gehaltenen nationalsozialistischen gewaltsamen Umsturzbewegung nicht entgegentrete.“ Das Urteil gegen die drei Angeklagten lautete damals auf je ein Jahr sechs Monate Festungshaft. In der Urteilsbegründung führte damals der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Baumgarten, aus, „daß von einer Zuchthausstrafe selbstverständlich keine Rede sein könne, da die Angeklagten, denen die Ueberzeugungstäterschaft zuzuschieben sei, nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt haben. . . . Wenn sie auch gefehlt haben, so waren sie doch von hoher Vaterlandsliebe beseelt. *Aus diesen Gründen. . . .*“

*

Anders im Falle der „Roten Reiter“. Die Strafen sind ungewöhnlich hoch. Der Hauptangeklagte Schulz ist zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden, obwohl er doch als *politischer Ueberzeugungstäter* einen Anspruch darauf gehabt hätte, daß er nur zu einer Festungssirafe, d. h. zu einer Ehrenhaft verurteilt wurde. Die übrigen Angeklagten sind zwar nur zu Festungsstrafen verurteilt worden. Aber auch diese sind noch hoch im Vergleich zu denjenigen Strafen, welche die Ulmer Reichswehroffiziere wegen der nationalsozialistischen Zersetzungsarbeit bei der Reichswehr seiner Zeit bekommen haben. Die Ausführungen des Vertreters der Reichsanwaltschaft, mit denen er die Anklage begründet hat, waren, wie man sieht, auf einen ganz anderen Ton gestimmt als in dem erwähnten Reichswehrprozeß. Das Reichsgericht war allerdings in einer unangenehmen Lage, als es die Offiziere, dem Wortlaut des Strafgesetzes über den Hochverrat entsprechend, seiner Zeit zu einer Festungsstrafe verurteilen mußte. Aus dieser Lage ist das Reichsgericht inzwischen durch den bekannten *Reichswehrerlaß* befreit worden, welcher die Aufnahme von *Nationalsozialisten* in die Reichswehr für zulässig erklärt. Die Nationalsozialisten sind also nicht mehr — im Gegensatz zu den Kommunisten — genötigt, eine *illegale* Zersetzungsarbeit in der Reichswehr zu betreiben. Denn *ihre* Tätigkeit ist für *legal* erklärt. *Sie* können Reichswehr und Polizei mit ihrem Geiste durchdringen und für das „Dritte Reich“ Propaganda machen, ohne daß sie Gefahr laufen, sich eine Anklage wegen Hochverrats zuzuziehen.

Kurt Labischin.

OEL UND LAND

Von B. Traven

(Erschienen in der Büchergilde Gutenberg)

(8. Fortsetzung.)

Der Gouverneur war in einer Großstadt aufgewachsen. Er hatte immer nur in der Großstadt gelebt. Hatte in Mexiko City studiert. War zuweilen von Freunden eingeladen worden auf die Haziendas der reichen Mexikaner, die gleich Lords auf ihrem Besitztum leben, meist jedoch mehr Großstädter sind und mehr Wochen im Jahr in Mexiko, in Puebla, in Queretaro oder in San Luis Potosi als auf ihrer Hazienda, deren Leitung sie ihrem Mayordomo überlassen, sind.

Zum ersten Male in seinem Leben war er nun auf einer Hazienda, deren Besitzer Indianer waren, und wo alle Menschen, die dort lebten, Indianer waren.

Es geschah ganz unerwartet, daß in ihm sich plötzlich der Indianer regte, der in seinem Blute war. Denn obgleich er gebildet war wie ein gebildeter Amerikaner, obgleich er gekleidet war, wie jeder amerikanische Großstädter, obgleich er lebte, wie jeder zivilisierte Mensch in einer Großstadt lebt, so war seine Hautfarbe, die Farbe und die Schwermut seiner Augen, die Farbe und Strähnigkeit seines Haares doch so durchaus gleich Hacintos, daß sie waren, als hätte beide dieselbe Mutter geboren. Das weiße Blut, das er von einem spanischen Vorfahren in seinen Adern hatte, war nicht stark genug gewesen, auch nur einen Schimmer in ihm zu zeigen. Die Ur-Rasse des Kontinents war so mächtig, daß sie alles fremde europäische Blut, das in ihm war, aufgesogen hatte, wie sie alles fremde Blut nach und nach aufsaugt, das hier geboren wird. Denn das fremde Blut unterliegt ja nicht nur dem Einfluß des indianischen Blutes durch Mischungen bei der Zeugung, sondern es unterliegt auch denselben Einflüssen des Klimas, des Wassers und der Nahrung, die in Jahrtausenden die Eigenheit und Einzigkeit der indianischen Rasse schufen.

Und weil der Indianer in ihm sich regte, sich geltend machte unter dieser Umgebung, darum begann er, mit den Indianern jetzt und hier zu fühlen und zu empfinden. Dinge, die er vorher nicht verstanden hatte, begann er jetzt in seinem Gefühl und in seiner Seele zu verstehen.

Als er zu Licenciado Perez von der Heimat und den Heimatsrechten der Leute auf der Rosa Blanca geredet hatte, da sprach er rein theoretisch von Heimat. Etwa so wie von Heimat in Gesetzesparagraphen geredet wird, durch die Nationalität und Staatsangehörigkeit von Individuen festgelegt werden soll. Heimat war dann ein allgemeiner Begriff, der sich durch Dokumente ausdrücken ließ, durch Auszüge aus dem Geburtsregister bestätigt und begrenzt wurde. Eine rein zufällige Sache, die durch den Wohnwechsel der Eltern und auch durch absichtliche und unabsichtliche Fehler in den Registern beeinflußt werden konnte.

Hier nun aber sah der Gouverneur den Begriff Heimat von einer Seite aus, die ihm bisher fremd gewesen war. Diese Heimat konnte durch Gesetz, durch Register weder bestimmt noch beeinflußt werden. Diese Heimat war etwas, das den Menschen schuf. Diese Heimat war eine Angelegenheit der Seele. Den Großstädter sowie auch viele Bauern und Farmer kann man in eine andere Großstadt oder auf eine andere Farm versetzen, und sie sind sofort wieder daheim. Aber hier waren die Menschen so eins mit der Erde, daß sie aufhörten Mensch zu sein, wenn sie aus dieser Heimat entwurzelt wurden.

So kam der Gouverneur, aus seinem indianischen Blute heraus, zu der Ueberzeugung, daß kein Oel auf der Erde, kein Automobil, kein Dieselmotor wertvoll genug sei, dagegen Heimat auszutauschen. Oel und Automobile und Flugmaschinen sind schöne Dinge, die dem Menschen viel Nutzen und viel Erleichterung in seiner Arbeit bringen; aber was bedeuten dem Menschen, insbesondere diesen Menschen hier, Oel und Motoren, wenn sie ihn in seinem Wesen und in seiner Seele viel ärmer machen als er es ist mit der Heimat, die ihm Inbegriff alles dessen ist, was Freude, Glück, Zufriedenheit, Ruhe, Lebenssicherheit, Liebe, Poesie, Kunst, Religion, Gottheit, Paradies sind.

Wir alle, wir Armen, wir freuen uns an der Maschine, am Flugzeuge, am Radioapparat, am Fernkino nur darum, weil wir unsere Heimat verloren haben. Der Verlust unserer Heimat ließ uns kalt, stumpf und zerrissen zurück. Um uns zu betäuben, um unseres Schmerzes, unseres Verlustes uns nicht bewußt zu werden, darum brauchen wir Gasolin, das uns Schnelligkeit vorzaubert, damit wir rascher fliehen können vor uns selbst und vor unseren Herzensnöten.

Das alles kam hier jetzt dem Gouverneur zum Bewußtsein. Weil er indianisches Blut hatte und in seinem Blute der Heimat noch näher stand als der Weiße, der seine Heimat seit Jahrtausenden verloren hat und seitdem rastlos in der Welt umherflitzt, immer getrieben und gehetzt, niemals Zeit habend, niemals Zeit gewinnend, ob er Eisenbahnen baut und Expreßzüge oder ob er Flugzeuge baut oder drahtlose Telephone. Er wird immer rastloser, immer gehetzter, hat immer weniger Zeit, je mehr er auch erfindet, um Zeit zu gewinnen. Gejagt von einem Kontinent zum anderen, von Asien nach Europa, von Europa nach Amerika, von Amerika wieder nach Asien. Dann Kriegszüge und Weltkriege, um neue Heimat zu finden. Und alle seine Wissenschaftler suchen vergebens, zu finden, wo die Heimat der Weißen ist.

Und der Gouverneur sprach mit Hacinto und mit Margarito und mit den übrigen Männern. Sprach mit ihnen, als hätte er sie gekannt seit zehntausend Jahren. Er verstand alles, was sie sagten, und er begriff alles. Begann sich mit ihnen allen zu duzen. Trank mit ihnen Tequila und Habanero aus derselben Flasche, die von Mund zu Mund ging.

(Fortsetzung folgt.)

Mißtrauen gegenüber Siedlungsaktionen.

Das Wort Siedlung hören wir in Deutschland schon seit Jahren immer dann, wenn die wirtschaftliche Lage besonders schwierig ist oder wenn irgendein Anlaß es besonders deutlich macht, wie schwierig die Lage ist.

Siedlungsaktionen werden von der Regierung zum Teil einfach deshalb unternommen, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen, um den Anschein zu erwecken, daß etwas Richtiges geschieht. So ist nach allem, was wir gehört und festgestellt haben, die

„Stadtrandsiedlungs"-Aktion

zu beurteilen. Nach einer Angabe des Reichskommissars für vorstädtische Kleinsiedlung von Anfang April waren damals rund 17 000 Kleinsiedlerstellen bewilligt oder in Ausführung begriffen. Etwa 50 Millionen Mark standen dafür zur Verfügung und sind angeblich restlos vergeben. (Auf die Stelle kommen demnach je 3000 Mark.) Bei dieser Aktion springt nichts heraus, als daß

ein winziger Bruchteil der Erwerbslosen aus der Stadtmitte wegzieht und draußen auf Arbeit wartet;

denn eine Existenzgrundlage bieten diese Kleinsiedlungen nicht.

Wir wissen, daß eine energische Siedlungs-Aktion wesentlich dazu helfen kann, die Krise zu überwinden. Wir rechneten in der Broschüre „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" aus, daß mit 250 Millionen Mark 40 000 mittellose Siedlerfamilien angesetzt werden können. Ganz ähnliche Zahlen werden aus den zur Zeit schwebenden amtlichen Beratungen genannt. Wir hören einerseits, daß aus der geplanten Sparprämienanleihe 230 Millionen Mark für die landwirtschaftliche Siedlung aufgewandt werden sollen, und andererseits, daß rund 40 000 Stellen geplant sind.

Alles, was die Reichsstellen in dieser Hinsicht zur Zeit vorhaben, müssen wir vor allem aus zwei Gründen mit größtem Mißtrauen betrachten.

*

1. Jahrelang ist die Siedlungsarbeit durch die dauernden Reibungen zwischen preußischen und Reichsbehörden gehemmt worden. Preußen ist jetzt aus der Leitung der Siedlungsarbeit ausgeschaltet, nachdem es, um sein Haushaltsdefizit zu decken, seine Machtpositionen auf dem Gebiet der Siedlung an das Reich verkauft hat (die Anteile an der Siedlungsbank und den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften). Nun lebt aber der alte Konflikt zwischen zwei anderen Stellen wieder auf, dieses Mal zwischen zwei Reichsämtern: dem Reichskommissar für die Osthilfe und dem Reichsarbeitsminister. Beide beanspruchen die Führung der Siedlungsaktion für sich.

Unser Mißtrauen gegenüber dem Osthilfe-Kommissar ist noch größer als gegenüber dem Reichsarbeitsminister. Denn nur allzu leicht kann in Händen des Osthilfe-Kommissars die

Siedlung lediglich zu einem Mittel werden, um überschuldeten Großgrundbesitz durch teilweise Besiedelung zu sanieren (gesund zu machen).

Wie man hört, hat die Treuhandstelle zur Bearbeitung der Umschuldungs-Hypotheken aus der Ostpreußenhilfe der Jahre 1928 und 1929 selbst in Fällen, in denen die Besiedlung einzelner Güter schon in Angriff genommen war, die Betriebe nunmehr der Familie des bisherigen Eigentümers wieder zugeführt. Vielleicht will der Reichskommissar für die Osthilfe, der Reichsminister SCHLANGE, Schöningen, selber mehr, als nur das Bestehende zu erhalten. Es liegt aber doch in der Natur der Aufgabe der untergeordneten „Landstellen", das Bestehende zu erhalten. Diese Aufgabe ist ihnen durch die Notverordnung gestellt worden, und ihre Beamten sind zum Teil nur allzu gern bereit, sie zu Gunsten der Großgrundeigentümer durchzuführen.

Zur Behebung der Wirtschaftskrise kommt es aber gerade darauf an, endlich mit dem Versuch Schluß zu machen, den kranken Großgrundbesitz immer wieder zu sanieren. Die Aussicht, daß jetzt auf weitere Sanierungsversuche verzichtet wird, ist gering. Eine wirklich energische Politik *gegen* Großgrundeigentümer und *für* Siedlung trauen wir jedenfalls weder dem Osthilfe-Kommissar noch dem Reichsarbeitsminister zu.

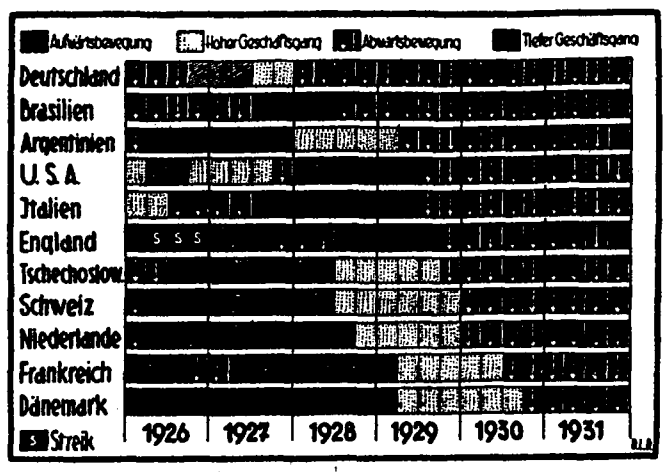
2. Unser Mißtrauen wird vergrößert dadurch, daß die Reichsregierung anscheinend aus dem Vorschlag der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung einen der schwächsten Punkte herausgreifen will: die Sparprämienanleihe.

Wenn diese Anleihe, wie fast zu erwarten ist, keln Erfolg wird, so hat die Regierung es leicht, in der Oeffentlichkeit die Verantwortung auf die Ratgeber, auf die Gewerkschaften, abzuschieben, und zwar die Verantwortung nicht nur für den geringen Eingang an Mitteln, sondern auch dafür, daß all das nicht ausgeführt wird, was mit Hilfe der Sparprämienanleihe ausgeführt werden soll, wie zum Beispiel die Siedlung.

Die Regierung hat sich also gegen Fehlschläge ausgezeichnet gedeckt.

Rpt.

Internationaler Konjunktur-Verlauf.



Das Schaubild führt uns vor allem zwei Tatsachen klar vor Augen:

1. Die Wirtschaft der verschiedenartigsten und an den verschiedensten Stellen der Erde gelegenen Länder, der Gläubigerländer und der Schuldnerländer, der Sieger und der Besiegten im Weltkrieg, ist eng in die weltwirtschaftliche Konjunktur verflochten.

2. Die Länder sind angeordnet nach dem Beginn der Krise in ihnen. Die letzten vier Länder — teilweise auch die Tschechoslowakei — sind Länder fast ohne Großgrundeigentum, mit ausgeprägt bäuerlicher Betriebsverfassung. Dänemark nimmt in dem Schaubild die allerletzte Reihe ein, obgleich gerade Dänemark stark in den Weltverkehr verflochten ist. 1930 betrug die Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung

in Dänemark	481 Mark
in den Niederlanden	866 Mark
in der Schweiz	349 Mark
in Deutschland	187 Mark
in Frankreich	170 Mark
in den USA	129 Mark
in Italien	64 Mark
in Brasilien	31 Mark

Das Bauernland Dänemark, dessen Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung auf der ganzen Erde nur von Island übertroffen wird, hat der Weltwirtschaftskrise am längsten Widerstand geleistet. Wer Ohren hat, zu hören, der höre! Rpt.

Internationales Maismonopol?

Die rumänische und argentinische Regierung haben ein „Abkommen zur Aufrechterhaltung der Stabilität der Maispreise" getroffen. Sie setzen einen Mindestpreis für Mais fest. Wenn die Notierungen auf dem Weltmarkt unter diesen Preis sinken, so wird von beiden Regierungen ein Maisausfuhrverbot erlassen; es soll erst wieder aufgehoben werden, wenn die Preise auf dem Weltmarkt den Mindestpreis wieder erreicht haben.

Düngemittel-Preise in Deutschland und Holland.

Es kostet	in Holland Mark	in Deutschland Mark
Leuna-Salpeter, 26prozentig	13,09	17,65
Ammoniak, 20prozentig	13,09	17,65
Superphosphat, 16prozentig	2,72	4,77

Nach vielen Reden — eine neue Bank.

Der preußische Staat will eine „Preußische Wohnungskreditanstalt" gründen. Sie soll die Hauszinssteuer-Hypotheken verwalten; es handelt sich dabei um rund 900 Millionen Mark, die bisher von den Gemeinden und Kreisen verwaltet wurden. Die neue Bank soll ferner zweite Hypotheken geben und Bürgschaften für zweite Hypotheken übernehmen. Aus welchen Mitteln soll sie eigentlich Hypotheken geben? Die Mittel zur Besoldung einiger Beamten, die Bürgschaftserklärungen unterschreiben, würden sich ja leicht aufbringen lassen! Bürgschaften übernehmen bedeutet aber nicht nur: Leisten einer Unterschrift, sondern unter Umständen: bezahlen! Oder ist der preußische Staat so sicher, daß es beim Unterschreiben von Bürgschaftserklärungen sein Bewenden haben wird? — Bei alledem ist auch noch fraglich, ob es gelingt, auf diesem Wege private Mittel für den Wohnungsbau heranzuholen.

Es handelt sich also um einen Versuch mit ziemlich zweifelhaftem Erfolg. — t.

DEUTSCHLAND

Saatenstand: Der Stand der Saaten wird etwas günstiger beurteilt als vor einem Monat. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten: 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergeben sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtungsnoten: Winterroggen 2,6 (Februar 3,1), Winterweizen 2,8 (3,2), Wintergerste 2,8 (3,1).

Branntwein: Der Branntweinpreis wurde mit Wirkung vom 25. April von 600 auf 400 Mark pro Hektoliter herabgesetzt. Die Reichsmonopolverwaltung möchte also den Branntweinkonsum in der Krise fördern! Und zwar offenbar deshalb, um ein weiteres Anwachsen der Vorräte zu vermeiden, ohne den Landwirten die Brennrechte kürzen zu müssen. Denn wenn sich weiter „Schnaps im Monopolkeller" ansammelt (vergleiche Nr. 85 und 92 des „Funken"), hätte sich für die Abnahme gleichbleibender Mengen von den landwirtschaftlichen Brennereien nur noch ein Grund nennen lassen: Subvention der Großagrarier. Der „Deutsche Volkswirt" schreibt mit Recht, die Reichsmonopolverwaltung sei „längst nicht mehr ein Institut zur Deckung vorhandenen Spritbedarfs, sondern eine Kartoffelvernichtungsanstalt"!

Konkurse: Die Zahl der neuen Konkurse ist vom März auf den April abermals gesunken, und zwar von 975 auf 929; auch die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren ist gesunken von 759 auf 742.

ARGENTINIEN

Steigende Ausfuhr: Im ersten Vierteljahr 1932 war die Ausfuhr verglichen mit dem ersten Vierteljahr 1931 dem Gewicht nach um 21 Prozent größer, dem Werte nach um 5,7 Prozent größer. — Gewaltige Anstrengungen, den Auslandsverpflichtungen nachzukommen!

Steigende Massensteuern: Unter anderen Steuern wurden die von der provisorischen Regierung eingeführte Umsatzsteuer von 3 vom Tausend, ferner die Steuer vom Arbeitseinkommen nunmehr von der Haushaltskommission des Kongresses genehmigt. (Vergleiche Nr. 64 des „Funken": „Steuern in Argentinien.")

Notendeckung: Die gesetzliche Mindestdeckung beträgt 40 Prozent. Tatsächlich sind die Noten gegenwärtig zu 47 Prozent gedeckt. Erwogen wird die Herabsetzung der Mindestdeckung auf 36 Prozent, um die Unterbringung der geplanten „patriotischen" Anleihe zu erleichtern. — Inflationsgefahr?

Stadtrandsiedlung in Kassel.

Die Rechnung der Stadt — die Rechnung des Siedlers.

Die Stadt Kassel nimmt für sich in Anspruch, die erste gewesen zu sein, die den Gedanken der Stadtrandsiedlung betrieben und an der Vorbereitung der Verwirklichung dieses Gedankens gearbeitet hat. Ihre Pläne werden auch angeblich von den maßgebenden staatlichen Stellen als richtungweisend betrachtet. Sie zu kennen, ist demnach allgemein von Bedeutung.

Im „Funken" vom 24. April sagten wir bereits, daß Stadtrandsiedlungen wohl für die Siedler eine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten können, daß sie aber kein Ausweg aus der heutigen Krise sind. Denn dazu müßten sie (zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln reichen 5 Morgen!) den Siedlern eine selbständige Existenz gewährleisten. Diese Beauptung wird auch durch die Kasseler Siedlungspläne erhärtet, soweit sie feste Form angenommen haben.

Bereits seit Herbst vergangenen Jahres plant und arbeitet die Stadtverwaltung an diesem Projekt. Ueber 200 Siedlerstellen sollen an zwei Punkten der Stadtperipherie geschaffen werden. Jeder Siedler bekommt einschließlich dem Baustück etwa 1000 qm Ackerland, das nach vier Jahren in Erbpacht übergeht. Außerdem ist jedem Siedler die Möglichkeit gegeben, bis zu 5 Morgen Pachtland noch hinzuzunehmen, das zum Teil direkt neben den Siedlerstellen liegt. Das ist für eine Familie nicht ausreichend. Darin stimmt uns auch der Baumeister zu, in dessen Händen die Durchführung dieses Projektes liegt.

Man rechnet damit, daß bald wieder eine wirtschaftlich bessere Konjunktur anbricht. Damit dem Siedler die Wiederumstellung zum Fabrikarbeiter leicht fällt, deshalb will man ihm nicht mehr Land geben!

Welche Kosten entstehen durch dieses Siedlungsprojekt, und wie werden sie aufgebracht?

Zunächst braucht man Land. Staatliche Ländereien müssen hier herhalten. Anderenfalls sei dieses Projekt, wie man sagt, überhaupt nicht durchführbar. Die Stadt zahlt dem Fiskus vorläufig im Jahr pro qm zwei Pfennig, später wahrscheinlich nur noch einen Pfennig. — Dann müssen Häuser, Straßen und Wasserleitungen gebaut werden. Totes und lebendes Inventar ist nötig. Alles das will die Stadt für 2500 Mark, die sie vom Reich pro Siedlerstelle bekommt, mit Hilfe der Siedler zustande bringen.

Unkosten für Grundbucheintragungen, Pläne und dergleichen will die Stadt selber tragen.

Welche Rechte und Pflichten hat der Siedler? Ein Obmann der Siedler berichtete mir darüber folgendes: Ausgearbeitete Pläne liegen noch nicht vor. Alle Vereinbarungen sind mündlich. Mit dem Einzug des Siedlers in die neue Wohnung, der wahrscheinlich am 1. August vor sich geht, beginnen seine Zahlungen. In den ersten drei Jahren hat er jährlich 1 Prozent Abtrag und 3 Prozent Zinsen zu zahlen. Das wären also im Jahr etwa 100 Mark. Hinzu kommen noch etwa 40 Mark für Wassergeld und dergleichen, sodaß also der Siedler im Monat etwa 11 Mark zu zahlen hat. Im vierten Jahr soll dieser Betrag noch um etwas erhöht werden. Wer noch Pachtland hinzugenommen hat, muß außerdem Pacht in Höhe von zunächst zwei Pfennigen pro qm hinzuzahlen.

650 Familien haben sich unter diesen Bedingungen um Siedlerstellen beworben. Das Wohlfahrtsamt, Wohlfahrtspflegeamt und das Stadtbauamt haben aus diesen Bewerbern die 200 Geeignetsten herausgesucht. In Gruppen zu je 25 Mann, unter der Führung eines selbstgewählten Obmannes, haben die 200 Siedler zu arbeiten angefangen.

Ich habe einen Siedler nach Feierabend in seiner Wohnung in der Altstadt aufgesucht. Er stammt vom Lande und ist mit allen ländlichen Arbeiten vertraut. Mit Freuden beginnt er über das Siedlungswerk zu erzählen. Die Siedler wollen alle Arbeiten weitgehend selber machen, um von den 2500 Mark noch etwas für einen Zaun oder Aehnliches zu erübrigen. Feste würden sie arbeiten. Wer faulenzte, würde weggejagt. Wenn einwandfrei feststeht, daß jemand faulenzt, dann steht den Siedlern das Recht zu, ihn vom Siedlungswerk auszuschließen. Ein anderer rückt dann nach. Was verspricht er sich von dem Siedlungswerk?

Die Möglichkeit der Schaffung einer selbständigen Existenz hält auch er für vollkommen ausgeschlossen, zumal es bei der jetzigen Krise an Absatz fehle. Auf die Frage, warum er sich zu dieser Siedlungsarbeit entschlossen habe, sagt er mir: Hier in der Altstadt muß ich für ein Zimmer, eine Kammer und Küche 26 Mark Miete bezahlen. Draußen in frischer Luft brauche ich nur 10 Mark zu bezahlen. Und da bin ich mein eigener Herr. Ich habe ein eigenes Haus, billiges Gemüse und kann mir Vieh halten. Außerdem ist uns die Wohlfahrtsunterstützung auf fünf Jahre ohne Unterbrechung zugesichert worden.

Ferner rechnen wir damit, daß wir bei Arbeitereinstellungen zuerst berücksichtigt werden, denn der Staat hat ein Interesse daran, möglichst schnell wieder zu seinem Geld zu kommen.

Willi Fuhrmann.